

Arbeiter-Zeitung

Mittwoch, 14. Januar 1931
Ausg. A. 13. Jahrgang. Nummer 11

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Bezugspreis: Wochenlich 48 Pf. + 12 Pf. Postenlohn = 60 Pf. monatlich 2,10 Mk. + 50 Pf. Postenlohn = 2,60 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 Mk. unter Streifenband 2 Mk. Einzelgenusspreis: Die schneidbare Millimeterzelle oder deren Raum 12 Pf. Vereins- und Versammlungsausgaben 6 Pf. Anzeigenpreis: Die dreizehnbändige Millimeterzelle oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluss der Anzeigenannahme in der Hauptredaktion um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien

Organ der RPD, Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schotländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Krennitzer Straße 60, Telefon 484 89. Vertikaldirektion: Breslau 444, Rebellstr. Breslau 10, Krennitzer Straße 50, Telefon 489 02. Sprechst. der Redaktion von 12-13 Uhr. Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. Filialredaktionen: Berlin, Sunig 6, Telefon 23 84. Geschäftszeit von 8-10 Uhr. Geschäftsstand: Hauptverlag Breslau. Verlags: Schließliche Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau. — Druck: „Vorwärts“ W. G. H. Breslau, Krennitzer Straße 50. Telefon 484 85.

Die Losung für Niederschlesien:

Entzündet die Streifnadel!

Niederschlesien bereitet den Streit vor — 6 Prozent Lohnraub auch für NS. — Bekämpfung des faschistischen Schlichtungswesens — Landarbeiter beschließen Steuerstreik — Severingpolizei erschießt Streikposten — Blutiger Naziterror in Schlesien

Waldenburg, 14. Januar. Am gestrigen Dienstag fanden zwei Belegschaftsversammlungen der größten Gruben des niederschlesischen Steinkohlenreviers statt. Die Belegschaft der Melchiorgrube protestierte gegen die Entlassung des Betriebsratsmitgliedes, unseres Genossen Becker, und nahm Beschlüsse zur Organisierung des Kampfes gegen den geplanten Lohnraub an. Die Belegschaft der Fuchsgruben hielt ihre Versammlung am Vormittag für die Mittagschicht, und am Nachmittag für die anderen zwei Schichten ab. Besonders die Nachmittagsversammlung war sehr besucht. Die Stimmung war äußerst empört gegen die Lohnräuber. Auch hier wurde ein Kampfausschuss gewählt bzw. der bereits bestehende bestätigt. Ausführlicher Bericht folgt.

Die niederschlesischen Bergarbeiter rufen zum Streik. Streik ist die einzig mögliche Antwort auf jeden Versuch des Lohnraubes! (Siehe auch Artikel auf der 2. Seite.)

Der Lohnraub in Oberschlesien

Gleiwitz, 13. Januar. In dem Lohnstreik im ober-schlesischen Bergbau wurde am Dienstag gegen 21 Uhr nach fast zwölfstündiger Verhandlung unter Vorsitz des Schlichters Professor Dr. Brahn ein

Schiedspruch gefällt, nach dem für den ober-schlesischen Steinkohlen- und Erzbergbau die Löhne mit Wirkung vom 1. Januar 1931 ab um 6 v. H. herabgesetzt werden. Die Laufzeit des Lohnabkommens geht bis zum 31. Juli 1931. Gleichzeitig wurde der bisherige Manteltarif und das Arbeitszeitabkommen verlängert. Erklärungsfrist ist für beide Parteien Donnerstag, 15. Januar, vormittags.

Der Hungerschlächter Brahn hat im Auftrage der faschistischen Brüning-Regierung einen Lohnraubschiedspruch gefällt, wonach die Hungerlöhne der ober-schlesischen Rumpels rückwirkend ab 1. Januar um 6 Prozent gekürzt werden sollen. Der Streik an der Ruhr und in Oberschlesien, der ein wichtiger Schlag in das Gesicht der Lohnräuber war, hat verhindert, daß auf einen Schlag ein zwölfpromentiger Lohnraub durchgelehrt wird. Hätte sich die kühlerne Streikfront der Rumpels nicht drohend gegen das Unternehmertum erhoben, so wäre der ursprünglich geplante Lohnraub wahr geworden.

Das Ausbeuterpack und seine gewerkschaftliche Vertretergelande erhebt unter der revolutionären Offensive. Das Losschlagen bewies die Kraft der ober-schlesischen Bergarbeiter. Das Zupacken bewies, daß der Angriff die beste Verteidigung ist. Selang es der RPD. noch nicht, das letzte Förderrad anzulegen, so haben Tausende von Kameraden erlebt, daß die RPD. die einzige arbeitertreue, die einzige sichere, zuverlässige und schlagkräftige Führung der Rumpels darstellt.

Wieder ein Todesopfer für den Geldsack

Ersurt, 13. Januar. Vorige Woche traten 500 Arbeiter der Firma Peis in den Streik, um einen Lohnraub abzuwehren. Die Geflossenheit der Arbeiter empörte aber nicht nur die Unternehmer, sondern noch mehr die D.M.B.-Bürokraten. Der sozialfaschistische Leiter des Metallarbeiterverbandes, Gruson, organisierte einen regelrechten Streikbruch. Dieser Verrat gab natürlich der Polizei willkommenen Anlaß, den bereits am ersten Tage einsetzenden Terror noch mehr zu steigern.

Die Folge davon war eine wachsende Erbitterung unter den kämpfenden. Als gestern beim Schichtwechsel der Polizeiterror zum Schutze der Streikbrecher verschärft einsetzte, kam es zu Zusammenstößen. Die Severing-Naziken machten von der Schußwaffe Gebrauch, und bald lag ein Prolet, von Kugeln getroffen, tot auf dem Pflaster, während andere verletzt wurden. Wir kommen morgen noch auf dieses neue, das Konto der Sozialfaschisten belastende Blutopfer noch zurück.

Macdonald läßt Genossen Sobotta ausweisen

Die Angst vor der Radikalisierung

London, 12. Januar. In Cardiff fand am 10. Januar eine Konferenz der Widerheitsbewegung der Bergarbeiter statt, an der 55 Delegierte teilnahmen, die 2000 Bergarbeiter vertraten. Vor der Konferenz wollte die Polizei Genossen Sobotta verhaften, was aber die Ordner verhindern konnten. Später wurde er trotzdem verhaftet und sofort ausgewiesen. Die Konferenz nahm einen scharfen Protest gegen dieses Vorgehen an. Es wurde ein Programm der unmittelbaren Aktion angenommen und ein Streikkomitee gewählt aus 15 Bergarbeitern, darunter Horner als Vorsitzenden, Garfield und Williams als Sekretäre.

London, 12. Januar. Auf einer Konferenz der Unabhängigen Arbeiterpartei Schottlands in Glasgow liegt die radikale Richtung unter Führung von Maxton. Mit 91 gegen 62 Stimmen wurde eine Entschließung angenommen, die die radikalen Beschlüsse des Parteitagess der Unabhängigen Arbeiterpartei vom Jahre 1930 bestätigt. Der Beschluß sagt, daß sich die Abgeordneten der Unabhängigen Arbeiterpartei im Unterhaus der P.P. zu sagen haben. Hauptredner war Bergbauminister Eshinwell.

Die zweite Meldung liefert den Schlüssel zum Verständnis von Macdonalds Schandstreik. Dieser famose Salon-„Sozialist“ glaubt damit die Radikalisierung hemmen zu können, aber die zweite Meldung zeigt bereits, daß auch in England die Linksentwicklung der Arbeiterklasse immer weiter fortschreitet und eines Tages Macdonald samt seinem „Sozialismus“ beseitigt wird.

Landarbeiter beschließen Steuerstreik

Schweidnitz, 14. Januar. Auf zwei Dominiums in Groß-Märzdorf haben die Landarbeiter beschlossen, den Kampf gegen die Kopfsteuer aufzunehmen. Sie haben einen Beschluß gefaßt und dem Dominium mitgeteilt, daß sie, falls ihnen die Steuer abgezogen werden würde, sofort die Arbeit niederlegen. Unter dem Druck dieser Drohung hat der Unternehmer die Kopfsteuer bei der Lohnzahlung am 10. Januar nicht abgezogen.

Das Beispiel der Landproleten muß ein Signal für alle Werktätigen sein, Schritte zu unternehmen, um zwischen Stadt und Land eine Einheitsfront auch für den Steuerkampf zu schaffen.

Lohnraub, Steuerausplünderung und Abbau der Sozialpolitik. Diese drei Losungen der Bourgeoisie und ihrer Regierung müssen alle Ausgebeuteten zu einem unüberwindlichen Block zusammenschweißen, dann wird es auch gelingen, den Kampf erfolgreich zu gestalten.

Der Schiedspruch gegen die Eisenbahner

Dorpmüller baut ab — Eisenbahner, organisiert den Kampf!

Am 13. Dezember 1930 hat auf Antrag der Gewerkschaftsbürokratie die Schlichtungskammer über die Arbeitszeit der Eisenbahner einen Schiedspruch gefällt, welcher aus zwei Teilen bestand. Der erste Teil legte für die Werkstättenarbeiter und die Arbeiter der Bahnhöfe unterhalb die alte Arbeitszeit wieder fest.

Die Arbeitszeit für die Dienstzweige im Betrieb, und Verkehrsdienst sollte durch einen Schiedspruch in der Mitte des Monats Januar des Jahres 1931 nach der Befestigung einiger Betriebe festgelegt werden.

Dieser Schiedspruch ist am Sonnabend, dem 10., unter dem Vorsitz des bekannten Dr. Böllers gefällt worden. Die Regelung ist so ausgefallen, wie zu erwarten war, d. h. es bleibt bei der alten Arbeitszeit. Nur für einen sehr kleinen Teil der Arbeiter in den Ausbesserungsstellen der Bahnbetriebswerke wird die Arbeitszeit verkürzt unter der ausdrücklichen Bemerkung, daß es keinen Lohnausgleich gibt.

Diesem gefälsten Schiedspruch hat die Eisenbahnhauptverwaltung und die Gewerkschaftsbürokratie angenommen. Dem am Sonnabend, dem 10. Januar, gefälsten Schiedspruch wird ebenfalls von der Gewerkschaftsbürokratie kein Widerstand entgegengeleitet. Die RPD. hat die Eisenbahner aufgefordert, für die Forderung Verkürzung der Arbeitszeit auf Siebenstundentag mit Lohnausgleich den Kampf zu organisieren.

Die Mobilisierung der Eisenbahner im Bezirk Sachsen durch die RPD. hat bereits Formen angenommen, daß der faschistische Arbeitsminister sich veranlaßt fühlte, in den Streit einzugreifen. Alle bürgerlichen Zeitungen warnen schon vor dem in Sachsen ausbrechenden Eisenbahnerstreik am 16. Januar.

Die Eisenbahner dürfen sich weder von den bürgerlichen Blättern noch von der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie irreführen lassen. Sie dürfen nicht erst warten, bis Dorpmüller am 17. Januar die Aussperrung durchführt, sondern sie müssen in einheitlicher Front mit der übrigen kämpfenden Arbeiterklasse Deutschlands unter

Führung der RPD. und ihrer selbstgewählten Kampfleitungen den Kampf organisieren und aufnehmen

für die Zurücknahme der ausgesprochenen Kündigung, für die Befestigung der Dienstbauvorschriften, für die 40-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich und für die Befestigung des Gehaltes.

Wenn die Eisenbahner dafür kämpfen, so wird trotz der Hehe der kapitalistischen Presse die Sympathie der Werktätigen auf der Seite der kämpfenden Eisenbahner sein.

Blutiger Nazi-Terror in Strehlen

Sieben Arbeiter schwer verletzt — Die Arbeiter wehren sich — Polizei schützt Nazi — Schuß hilft dre Polizei

Strehlen. Am Sonntag hatten die Nazis zum Schutz ihrer Versammlung aus den Kreisen Briesgohlau, Grottkau, Rimplitz und Münsterberg ihre ganzen verfügbaren Kräfte zusammengezogen, um ihre letzte Meute wieder weitzumachen. Schon ehe diese Horden ihre Demonstration durchführten, wurde ihnen von dem Strehlener Nazihauptling Mevius der Auftrag gegeben, alles, was sich ihnen entgegenstellt, über den Haufen zu knüppeln. Die Horden, bis an die Zähne mit Revolvern, Gummitknüpfeln und anderen Mordinstrumenten bewaffnet, führten diesen Befehl auch aus. Alles, was ihnen in den Weg lief, wurde brutal niedergelappt. Sieben Arbeiter wurden von diesen Bestien schwer verletzt. Einigen Genossen, die von der Polizei verlangten, daß diese Bande nach Waffen untersucht werde, wurde von dem Polizeikommissar Köhler geantwortet: „Das Gesetz schreibt vor, daß nur Gefährte, Autos usw. untersucht werden können, eine Demonstration nach Waffen zu untersuchen, dazu haben wir keine Befugnis. Wenn wir sie auch untersuchen würden, die meisten werden sowieso Waffenschweine besitzen.“

Infolge des feigen Ueberfalls herrschte unter der Strehlener Arbeiterklasse eine berechtigete Empörung. Hunderte von Arbeitern belagerten das unter Polizeischutz gestellte Versammlungslokal. Die Nazis sollten ihres Sieges nicht froh werden. Als sie unter dem Schutze der aus dem ganzen Kreise zusammengezogenen Polizei vom Versammlungslokal durch die Stadt abdrängten, wurden sie von den Arbeitern in Empfang genommen. Sogleich wird diese Horde sich nicht mehr sehen lassen. Zu erwähnen wäre noch, daß Stolz mit seiner Schuf, die angeblich auch gegen die Faschisten kämpfen will, nicht zu sehen war. Erst als die Straße von den Faschisten frei war, da marschierten 35 Schufjünglinge auf den Ring, aber nicht etwa gegen die Faschisten, sondern zur Verstärkung der Polizei. Fünf Arbeiter haben daraus ihre Lehre gezogen und haben der Schuf den Rücken gekehrt. Arbeiter, heraus aus der SPD. und dem Reichsjammer! Hinein in den Kampfband gegen den faschistischen Terror!

Roter Bergarbeiterverband in O.G.

Einheitsverband der Bergarbeiter im Kohlenrevier Oberschlesien gegründet — Kampfgeldnis zur Abwehr jeden Pfennigs Lohnraub!

Am Sonntag, dem 11. Januar, hat in Zabrze die Schachtdelegierten-Konferenz des ober-schlesischen Steinkohlenbergbaus getagt. Diese Konferenz hat einstimmig beschlossen, sich mit folgendem Aufruf an die ober-schlesischen Bergarbeiter zu wenden:

Bergarbeiter! Kameraden!

Wegen den von den Unternehmern geplanten Lohnraub in Höhe von 12 Prozent an den schon jetzt miserablen Löhnen haben die ober-schlesischen Bergarbeiter unter Führung ihrer eigenen revolutionären Streikleitungen gemeinsam mit den Ruhrkumpels einen heldenhaften Kampf geführt.

Die reformistischen, christlichen, kirchlich-dunderschen und polnischen Gewerkschaftsführer waren in diesen wie allen Lohnkämpfen die getreuesten Lakaien und Helfershelfer der lohnraubenden Unternehmer. In Mansfeld und bei den Berliner Metallarbeitern haben sie gemeinsam mit den Kapitalisten den Lohnraub durchgeführt. Ihre arbeiterverräterische und arbeiterfeindliche Rolle zeigte sich besonders im Kampf der Ruhrbergarbeiter gegen den Lohnraub. Wochenlang verhandelten die Gewerkschaftsbürokraten mit den Unternehmern und schlugen selbst in den Schlichtungsverhandlungen einen fünfprozentigen Lohnraub vor. Als im Ruhrgebiet unter der Führung der R.G.D. mehr als 40 Schachtanlagen in den Kampf gegen den Lohnraub traten, da waren es die reformistischen, christlichen und polnischen Gewerkschaftsbürokraten, die den Streikbruch organisierten, die Streikbrecher zu bewaffneten Überfällen auf die Streikposten aufschickten und den fälschlichen Polizeiterrör gegen die kämpfenden Bergarbeiter mobilisierten.

Nicht anders ist die Rolle dieser Lohnraub- und Streikbruchorganisierer in Oberschlesien, aber die Bergarbeiter Oberschlesiens haben den vereinigten Lohnraubern durch ihren Streik einen Strich durch die Rechnung gemacht. Am Dienstag, dem 6. Januar, beschloß die Schachtdelegierten-Konferenz der ober-schlesischen Schachtanlagen, daß die betrieblichen Kampfausschüsse den Unternehmern ein Ultimatum überreichen, mit der Forderung auf schriftliche Verweigerung der Verhandlungen, daß kein Lohnraub vorgenommen wird, und mit der Forderung der Siebenstundenschicht und Einstellung der erwerbslosen Bergarbeiter. Bei Ablehnung dieses Ultimatum trat am Mittwoch, dem 7. Januar, die neun arbeitslosen Schachtanlagen Oberschlesiens in den Streik.

National- und Sozialradikale in einer Streikbrecherfront!

Alle Feinde des Grubenproletariats, Unternehmer und Staatsapparat und die vereinigte Gewerkschaftsbürokratie, waren aufs höchste überreizt. Diesen machtvollen Vorstoß der Kumpels unter Führung der R.G.D. und ihrer selbstgewählten Streikleitungen hatten die Arbeiterfeinde nicht erwartet. Die ober-schlesischen Kumpels gingen zur Offensive über, nicht nur gegen die Unternehmer, sondern auch gegen die verräterischen Gewerkschaftsbürokraten und gegen die fälschliche Hungeregierung, die den Lohnraub beschloß. Der Streik der ober-schlesischen Bergarbeiter war nicht nur ein Kampf um wirtschaftliche Forderungen, sondern von der ersten Stunde an ein politischer Streik, auch im Bewußtsein der Bergarbeiter, der von den breitesten Schichten der Bevölkerung getragen, gegen die fälschliche Hungeregierung als dem Vollzugsauschluß der herrschenden Klasse geführt wurde. Er war eine Generalprobe für die kommenden entscheidenden Massenkämpfe des revolutionären Proletariats.

Die Gewerkschaftsbürokraten aller Richtungen, die mit den Unternehmern über den Lohnraub verhandelt und selbst den Lohnraub durchgeführt haben, sind den kämpfenden Bergarbeitern schon am ersten Tage in den Rücken gefallen. In den kapitalistischen Unternehmerrichtungen haben sie zum Streikbruch aufgerufen und haben selbst den Streikbruch organisiert. Sozialdemokratische und christliche Reklame und Parteipropaganda, reformistische, christliche und polnische Betriebsräte haben vor und in den Grubenanlagen Hand in Hand mit den Verwaltungen und den fälschlichen Polizeibehörden den Streikbruch organisiert. Kumpels mit Gummihandschuhen an die Arbeit gesetzt, und die streikenden Bergarbeiter benutzten, verurteilt und verhaftet.

Auch der reformistische Zentralverband, dessen Mitglieder zum größten Teil auf dem Boden der R.G.D. stehen, und dessen Leitung in der letzten Zeit mit Scheinradikalen „linken“ Phrasen ihre Mitglieder und die Arbeiter über ihre wahre Rolle zu täuschen versuchte, hatte den Aufruf der Gewerkschaften zum Streikbruch mit unter-schrieben. Die Leitung des polnischen Zentralverbandes hat sich ebenfalls in die Streikbrecherfront gestellt, und hat sich damit ebenfalls als Verräter an der Arbeiterklasse entlarvt.

Die armen Juden, die Staatskassierer und Nazis haben sich in diesem Streik als die getreuesten Unternehmerraketen erwiesen. Sie sind nicht nur den Arbeitern als Streikbrecher in den Rücken gefallen, sondern sie haben darüber hinaus ebenfalls aktiv den Streikbruch organisiert.

Am Freitag sind die streikenden Belegschaften in die Betriebe zurückgekehrt und haben die Arbeit wieder aufgenommen. Die Schuld daran, daß der Streik nicht mit der Erreichung des Kampfzieles: Sofortige Abwehr des Lohnraubes abgeschlossen werden konnte, trifft ganz die vereinigte streikbrecherische und lohnraubende Gewerkschaftsbürokratie, die die Arbeiterklasse in diesem Kampf gespalten, und im Bündnis mit dem fälschlichen Staatsapparat die Einheitsfront der streikenden Bergarbeiter zerschlagen hat.

Der Kampf der Bergarbeiter gegen den Lohnraub ist nur unterbrochen. Aufgehoben ist nicht aufgehoben. Die kämpfenden Kumpels gingen ungeschlagen in die Betriebe zurück. Sie stehen weiter gerüstet, um die Lohnraubpläne der Unternehmer und der verräterischen Gewerkschaftsbürokraten abzuwehren. Jetzt muß die Gesamtarbeiterklasse die neuen Kampfvorbereitungen der Bergarbeiter auf noch breiterer Front und noch tatkräftiger unterstützen.

Am 10. Januar ist im Ruhrgebiet von dem diktorisch einseitigen Schlichtungsausschuß ein Schlichtungsplan auf 6 Prozent Lohnraub wirkend ab 1. Januar gefaßt worden. Damit ist alles bekräftigt, was die R.G.D. vorausgesagt hat. Damit aber steht auch die Frage der sofortigen Wiederaufnahme des Kampfes im Ruhrgebiet auf der breitesten Front gegen die Durchführung des Lohnraubes. Auch in Oberschlesien wird der Lohnraub durch Zwangsschlichtungs-

berordnet werden. Deshalb gilt es sofort in jedem Betrieb aufs neue zu rufen.

Gegen jeden Pfennig Lohnraub muß der Kampf erneut aufgenommen werden

Darum, Bergarbeiter Oberschlesiens, trefft sofort in allen Betrieben erneut Vorbereitungen zum zweiten gemeinsamen Angriff mit euren Brüdern im Ruhrgebiet. Galtet euch bereit, dem erneuten Aufruf der Zentralen Streikleitung der R.G.D. zum Kampf gegen den Lohnraub zu folgen!

In dieser zweiten Streikoffensive muß noch fester als bisher das Kampfbündnis der Betriebsarbeiter mit den Erwerbslosen geschaffen werden, müssen die Erwerbslosen wirklich aktiv in die Front der streikenden Bergarbeiter eingereiht werden. Insbesondere gilt es auch, die Bergarbeiterfrauen, die am härtesten unter dem Lohnraub zu leiden haben, in diese Kampffront einzugliedern. Auch in Oberschlesien haben im Streik die Bergarbeiterfrauen an vielen Schachtanlagen sich aktiv am Kampf beteiligt. Es gilt, diese aktive Kampfbeteiligung der Bergarbeiterfrauen bei dem neuen Aufbruch gegen den Lohnraub auf allen Betrieben, in allen Bergarbeiterorten zu erreichen. Noch besser als bisher muß die Einheitsfront der erwachsenen und jugendlichen Bergarbeiter im Kampf gegen den Lohnraub geschaffen werden.

Die Grubenkapitalisten haben teilweise auf Grund der sozial-fälschlichen und christlichen Denunziationen eine Reihe der besten und aktivsten Kämpfer aus den Reihen der Streikenden, die mutigsten, energischsten Vertreter der Kumpels gemagrregelt. Die aktive Solidarität der gesamten ober-schlesischen Arbeiterklasse für die Unterstützung der gemagrregelten Streikführer muß wachgerufen und in die Tat umgekehrt werden. Der neue Streikangriff gegen den Lohnraub muß jedoch auch geführt werden für die Forderung auf Wiedereinstellung aller gemagrregelten Kameraden.

Zum neuen Streikangriff muß die solidarische Unterstützung der Bergarbeiter durch die Belegschaften der anderen Industriegruppen, Metallarbeiter, Eisenbahner usw., organisiert werden.

Kameraden! Die besten revolutionären Betriebsräte wurden im Streik gemagrregelt. Neue Betriebsrätemahlen stehen bevor. Da werden die ober-schlesischen Kumpels ihre Verbundenheit mit der R.G.D. beweisen. In diesem Kampf hat sich gezeigt, daß nur die R.G.D. die Interessen der Arbeiter vertritt und zum Kampf für diese Interessen

bereit ist, und daß nur die Betriebsräte der R.G.D. sich an die Spitze der kämpfenden Belegschaften gestellt haben. Bei den Betriebsrätemahlen werden die ober-schlesischen Kumpels beweisen, daß die R.G.D. das Vertrauen der ober-schlesischen Bergarbeiter besitzt. Schon jetzt gilt es, diese Betriebsrätemahlen vorzubereiten, in den Betrieben rote Wahlkommissionen zu bilden, und unter dem Banner der proletarischen Einheitsfront und unter der Führung der R.G.D. die Betriebsrätemahlen zu einem revolutionären Sieg zu machen.

Kumpels, euer Streik hat große Erfolge gezeitigt. Ihr habt den Fehdenbaronen und dem Schlichter und auch den Streikbrecher-gewerkschaften gezeigt, daß die ober-schlesischen Kumpels sich nicht widerstandslos einen Lohnraub gefallen lassen werden. Der Streik mußte jetzt unterbrochen werden, weil die Streikbruchorganisierer der vereinigten Gewerkschaftsbürokratie noch einen Teil der Arbeiter verwirren konnten. Damit muß jetzt Schluss gemacht werden! Dieser Kampf hat gezeigt, daß die Gewerkschaftsbürokraten selbst den Lohnraub vorbereiten und offen den Streikbruch organisieren. Kein einzelner Arbeiter kann diesen, den Streikbruch organisierenden Gewerkschaftsbürokraten Gefolgschaft leisten, sondern in jedem Betrieb muß eine feste revolutionäre Kampforganisation der Bergarbeiter geschaffen werden, damit die kommenden Kämpfe siegreich geführt werden können.

Darum beschließt die Schachtdelegierten-Konferenz des ober-schlesischen Bergbaus die Gründung des Einheitsverbandes der Bergarbeiter Deutschlands, Bezirk Oberschlesien, der revolutionären Kampforganisation der ober-schlesischen Kumpels.

Schon haben Tausende von Bergarbeitern in ihren Belegschafts-versammlungen die Gründung des roten Bergarbeiterverbandes gefordert. Tausende von Bergarbeitern müssen darum jetzt gewonnen werden für den roten Bergarbeiterverband, die einheitliche gewerkschaftliche Kampforganisation der Grubenarbeiter. Führt in allen Orten und Gruben Versammlungen durch, die die Massen der ober-schlesischen Bergarbeiter in die revolutionäre Kampforganisation ein-gliedert. Gebt der Vongen die Quittung für ihren Verrat und für den Streikbruch. Schafft die Kampforganisation der Bergarbeiter!

Kameraden, der Kampf ist nicht zu Ende. Der Streik ist nur unterbrochen, der Kampf geht weiter. Steht gerüstet im Betrieb zu neuen Kämpfen. Folgt nur dem Aufruf der R.G.D.

Es lebe der Kampf der Bergarbeiter gegen jeden Lohnraub!
Es lebe die kämpfende Einheitsfront aller Bergarbeiter!
Es lebe der rote Bergarbeiter-Verband!

Wann roter Bergarbeiterverband auch in Niederschlesien?

Parole: Alle Kräfte zur Organisation des Streiks gegen Lohnraub!

b. Die Gründung des revolutionären Einheitsverbandes an der Ruhr und in Oberschlesien veranlaßt die Bergarbeiter der anderen Reviere — auch in Niederschlesien — die Frage zu stellen, ob denn auch in ihrem Revier ein roter Bergarbeiterverband gegründet werden soll. Auf diese Frage muß eine eindeutige Antwort gegeben werden.

Die R.G.D., die in den Gruben Niederschlesiens ihre Betriebsgruppen aufbaut, nimmt als Mitglied die gewerkschaftlich unorganisierten und die organisierten Kameraden auf. Ja, sie fordert die organisierten Bergarbeiter nachdrücklich auf, bis auf weiteres Mitglied des Verbandes zu bleiben, um in den Zahlstellen-versammlungen, Revierkonferenzen und sonstigen Veranstaltungen des Verbandes im Sinne der R.G.D. zu wirken, das heißt, die freigewerkschaftlich, christlich, kirchlich-dundersch organisierten Kameraden zur Bildung der kämpfenden Einheitsfront zu veranlassen, die Rolle der streikbrecherischen Führer zu entlarven, um so mitzuhelfen, den Kampf gegen das Unternehmertum und seine Verbündeten zu organisieren.

Auch du mußt Mitglied werden!



Die R.G.D. ist noch nicht eine Gewerkschaft. Die R.G.D. fordert die Bergarbeiter nicht auf, aus den Verbänden auszutreten. Und doch ist es das Ziel der R.G.D., die Bergarbeiter in einem revolutionären Verband zu organisieren, d. h. einen roten Bergarbeiterverband auch in Niederschlesien aufzubauen.

Die Organisation ist nicht Selbstzweck. Die Schaffung des roten Bergarbeiterverbandes an der Ruhr und in Oberschlesien ist ein Mittel, um besser als bisher den Kampf gegen die Unter-nnehmer und Unternehmerraketen führen zu können. Um dazu in der Lage zu sein, muß der rote Verband nicht nur entschlossen sein, eine revolutionäre Kampfstrategie und Taktik anzuwenden, sondern auch eine Massenbasis haben, d. h. die breitesten Schichten der Bergarbeiter müssen den roten Bergarbeiterverband durch Eintritt stärken und bereit sein, seinen Lösungen Folge zu leisten. Dazu wird die Masse der Bergarbeiter erst bereit sein, wenn sie am eigenen Leibe, aus eigener Erfahrung erkannt hat, daß die Führungen der bestehenden Verbände tatsächlich nur Verbündete des Unternehmertums und des fälschlichen Staates sind.

Diese Erkenntnis gewinnen die Arbeiter im Kampfe. Deshalb ist gegenwärtig die wichtigste Aufgabe der R.G.D.-Anhänger in Niederschlesien, den Streik gegen den geplanten Lohnraub zu organisieren.

Heute, morgen und übermorgen muß man in Niederschlesien nicht lange diskutieren über die Gründung des roten Bergarbeiterverbandes, sondern mit aller Energie, mit aller Entschlossenheit die Organisation des Kampfes gegen die Unternehmer und gegen die sozial-fälschliche Gewerkschaftsbürokratie forcieren. Je besser der Besuch der Belegschafts- und Betriebs-versammlungen, je fester die Einheitsfrontbasis der gewählten und noch zu wählenden Kampfausschüsse, je mehr Erwerbslose sich aktiv in den Dienst des Bergarbeiterkampfes stellen, je stärker das Bündnis zwischen den erwachsenen und jugendlichen Arbeitern, je breiter die Basis der in allen Orten des Kohlenreviers zu wählenden Solidaritätsausschüsse, je mehr Bergarbeiterfrauen und Frauen anderer Berufe in die Einheitsfront mit dem zum Kampf rüstenden Bergarbeitern einrücken — desto leichter wird es der R.G.D. sein, den Unternehmern ein gebieterisches Halt zuzurufen, desto schneller wird sie aus einer Propaganda-organisation eine Kampforganisation werden, desto mehr Bergarbeiter werden in ihr den tatsächlichen Führer sehen — und desto näher der Zeitpunkt, wo die niederschlesischen Bergarbeiter selbst sagen werden:

Jetzt aber genug. Wir gehen jetzt heraus aus dem Bergbau-Industriearbeiterverband, weg von den christlichen und kirchlich-dunderschen Bürokraten und gründen unseren roten Einheitsverband der Bergarbeiter Niederschlesiens!

Genossen, Kameraden, nicht lange diskutieren, sondern handeln! Die Lösung für heute und morgen und übermorgen.

Alle Mann an Bord!
In breiterer Front unter Führung der R.G.D. vorwärts!
Streik als Antwort auf jeden Versuch des Lohnraubes!

Wahlen in der Sowjetunion

Genosse Zenukibse über die Sowjetwahlkampagne

Moskau, 12. Januar. In der gesamten Sowjetunion ist gegenwärtig die Wahlkampagne für die Sowjets im Gange, die sich laut Mitteilung der Telegraphenagentur der Sowjetunion in diesem Jahre durch besonders rege Beteiligung der Bevölkerung auszeichnet.

Der Wahlkampf steht unter der Losung der Umgestaltung der gesamten Arbeit der Sowjets und der Steigerung ihrer Bedeutung bei der Durchführung der Generalpläne der Partei auf dem Gebiete der Industrialisierung des Landes, der Kollektivierung der Landwirtschaft und der Verwirklichung des Volkswirtschaftsplanes im Jahre 1931.

Nach den ersten Angaben über die Wahlen der Dorfsowjets beträgt die Wahlbeteiligung durchschnittlich 70 Prozent gegenüber 60 Prozent bei den letzten Wahlen im Jahre 1929. Die Gesamtzahl der Stimmberechtigten beläuft sich auf 83 Millionen gegenüber 74 Millionen im Jahre 1929. Unter großer Begeisterung gehen die Wahlen in Leutegrad vor sich, wo die Wahlbeteiligung 88 Prozent erreicht.

Über die Bedeutung der diesjährigen Sowjetwahlen erklärte Genosse Zenukibse in seiner Rede auf der Tagung des Zentralausführungsausschusses der Sowjetunion u. a.:

Bereits die ersten Schritte der Wahlen zu den Dorfsowjets, diesen grundlegenden unteren Organen der Sowjetmacht, berechnen uns zur Erklärung, daß die Wahlkampagne 1931 gegenüber allen vorhergehenden Wahlkampagnen sowohl in bezug auf die Aktivität der Wähler als auch in der breitesten Tiefe der Erfassung der Fragen den ersten Platz behauptet. In den entlegenen Winkeln der Sowjetunion erörtern die Wähler die Wege und Methoden zur Erfüllung aller Wirtschaftsaufgaben des Landes und zur Hebung der Lage der Arbeiterklasse und aller Werktätigen, zur Kollektivierung der Landwirtschaft und zum Aufbau der Sowjetglüter, zur Besserung des Staatsapparates und zum Kampf gegen den Bürokratismus usw. Diese gewaltige Arbeit wird mit Hilfe der sozialistischen Arbeitsformen, der Strohbrigadenbewegung und des sozialistischen Wettbewerbes, durchgeführt.

In der Berichtskampagne der städtischen Sowjets richtet sich die Selbstkritik der Massen hauptsächlich auf die Hebung der Arbeit in den Sowjets und auf die Verstärkung ihres Kampfes um ein hohes Industrialisierungstempo sowie gegen alles, was sich der Erfüllung des Industrie- und Finanzplanes entgegenstellt. Über die Aufgaben des am 6. März in Moskau zusammengetretenen 6. Rätekongresses der Sowjetunion führte Genosse Zenukibse aus:

Der 6. Rätekongress der Sowjetunion, der am Anfang des dritten Abschnitts des Fünfjahresplanes zusammentritt, bildet faktisch den Abschluß des Fünfjahresplanes, da der 7. Rätekongress bereits nach der faktischen Erfüllung der Aufgaben des Fünfjahresplanes zusammentreten wird.

Ein Rückblick auf die verflochtenen Kongresse zeigt, daß sie gleichsam Meilensteine der Entwicklung der Sowjetunion waren. Der 1. Rätekongress im Dezember 1922 schuf die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken und schloß alle Sowjetrepubliken um die allgemeinen Grundaufgaben unseres Landes zusammen. Die Deklaration und der Vertrag über die Bildung der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken sind bereits historische Dokumente und werden zweifellos den kommenden Sowjetrepubliken jedes Landes der Welt zum Muster dienen.

Der 2. Rätekongress im Januar 1924 zeichnete in den Grundzügen die Wege der Zuerstführung der Wiederherstellung unserer Volkswirtschaft vor, die durch den imperialistischen Bürgerkrieg stark gestillt hatten. Der 2. Kongress gab die Richtlinien für die Wiederherstellung des Grundkapitals der Industrie und der Landwirtschaft. Das war die Vorbereitung dessen, was heute als Aufrüstung der 2. Rätekongress den Grundstein des regulären Budgets unseres Landes. Dies war ein gewaltiger wirtschaftlicher Fortschritt.

Der 3. Rätekongress stellte die Aufgabe des Kapitalaufbaus unserer Industrie.

Der 4. Rätekongress legte den Grundstein zur Rekonstruktion der Volkswirtschaft und stellte die Lösung der Industrialisierung des Landes auf.

Der 5. Rätekongress bekräftigte den Fünfjahresplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der Sowjetunion. Der bevorstehende 6. Rätekongress wird, gestützt auf die Er-

Die Tagung des Zentralausführungsausschusses der Sowjetunion beendet

Die Räuber schreien: „Haltet den Dieb!“

Das Schlüsselwort des Genossen Kallinin — Alle Beschlüsse einstimmig angenommen

Moskau, 12. Januar. (Telegraphenagentur der Sowjetunion.) Das Zentralausführungsausschusses hat seine Sitzung beendet. In der letzten Sitzung wurde der Staatshaushalt für das Jahr 1931 bestätigt. Es wurde ferner beschlossen, den nächsten Sowjetkongress der UdSSR. zum 5. März nach Moskau einzuberufen.

In seiner Schlussrede auf der 3. Tagung des Hauptausführungsausschusses der UdSSR. erklärte Kallinin u. a.: Die Auslandspreise sind jetzt als „Zwangswort“ vor allem unsere Erzeugnisse auf dem Gebiete der planmäßigen Verteilung der Arbeitskräfte hinzuzufügen. Was unsere Feinde durch das unrationale Gebot von „Zwang“ anzuschwächen suchen, ist ein wirklicher Erfolg des Sozialismus auf dem Gebiete der Arbeitsorganisation, ist Erfüllung des Programms unserer Partei, in dem es heißt: „Die größtmögliche Ausnutzung der gesamten im Staate vorhandenen Arbeitskräfte, ihre richtige Verteilung und Neuverteilung sowohl auf verschiedene territoriale Gebiete als auch auf verschiedene Volkswirtschaftszweige soll die nächste Aufgabe der Wirtschaftspolitik der Sowjetmacht sein, die sie nur in engem Einvernehmen mit den Gewerkschaftsverbänden zu verwirklichen vermag.“

Es ist lächerlich, von Zwang in einem Lande zu reden, wo 92,2 Prozent des Volkseinkommens den Werktätigen zugute kommen. Man sagt, durch unsere Ausfuhr wollten wir die kapitalistische Welt zerstören. Dabei pflegen wir genau für jenen Betrag, den unser Erdbis aus den Verkäufen im Auslande ausmacht, ausländische Waren einzukaufen. Wenn unsere Ver-

käufe im vergangenen Jahr 900 Millionen Rubel betragen, so haben wir genau für diesen Betrag ausländische Waren gekauft.

Wir verkaufen vornehmlich Holz, Erdbis, Rauchwaren, Manufaktur- und, im Vergleich zur Vorkriegszeit, unbedeutende Mengen von Getreide, — alles Waren, die durch primitivere Arbeit erzeugt werden als die Waren, die wir im Auslande kaufen, nämlich in erster Linie Maschinen und sonstige Ausstattungen.

Wir haben kein einziges Automobil exportiert, weder selbst erzeugte, noch im Auslande vor der Krise angekaufte. Doch gerade in diesem Industriezweig ist im Auslande die größte Krise wahrzunehmen. Wir besitzen alle Metalle außer Eisen, Kupfer und andere Erzeugnisse der Industriezweige, bei denen die Krise zu besonders starker Entwicklung gelangt ist. Wie kann man nach alledem behaupten, daß unser Handel die Krise der kapitalistischen Länder verstärkt, und daß wir an ihr die „Hauptschuld“ tragen?

Wenn man Schuldige finden will, so sollten die Kapitalisten sich ihr System ansehen, das absolut alles für die Entwicklung und Verteilung der Krise tut. Die Ursache der verheerenden Kampagne gegen Sowjetrußland liegt in der reichen Zunahme der Arbeitslosigkeit in den kapitalistischen Ländern, die der Bourgeoisie einen Schrecken einjagt. Unsere beste Antwort auf die Kampagne wird die energische Erfüllung und Durchführung des Volkswirtschaftsplanes des laufenden Jahres sein.

Der Kampf der Arbeitslosen in Holland

Amsterdam, 13. Januar. In der letzten Zeit ist es in den holländischen Großstädten des Stieren zu großen Demonstrationen der Erwerbslosen gekommen. Überall trat die Polizei mit größter Brutalität gegen die Demonstrierenden auf und trieb sie mit Knüppeln und Säbelhieben auseinander.

Besonders in Amsterdam kam es in der vergangenen Woche zu erbitterten Zusammenstößen zwischen Demonstrierenden und Polizei, wobei diese letztere von der Schusswaffe Gebrauch machte, mehrere Demonstranten verwundete und zahlreiche Verhaftungen vornahm. Die Erwerbslosen ließen sich aber nicht von der Straße verjagen, sie leisteten überall kräftigen Widerstand. Im Zentrum der Stadt Amsterdam herrscht ein Zustand, der dem des Belagerungszustandes ähnlich sieht. Überall patrouillierende Polizei, die gewaltig und ohne Warnung auf alle als Erwerbslose aussehende Passanten einschlägt. Die A.G.O. Amsterdam hatte für Sonnabend, den 10. Januar, eine Demonstration organisiert, an der tausende erwerbslose Arbeiter teilnahmen.

Unter Führung der kommunistischen Gemeinde- und Parlamentsfraktion marschierten die Demonstranten zum Rat-

haus. Eine Deputation der Erwerbslosen, von der Gemeindeparlamentsfraktion der K.P.D. unterstützt, verlangte den Bürgermeister zu sprechen. Die Deputation verlangte unter anderem die Absetzung der für den Polizeiterror verantwortlichen Behörden, Freilassung der Verhafteten und ausreichende Entschädigung an die Opfer der Polizeibrutalität. Es wurde aber der Delegation der Zutritt zum Rathaus verweigert. Vor der Auflösung der Demonstration sprachen die Vertreter der A.G.O. und der K.P.D. unter großer Begeisterung zu den Versammelten. Diese Demonstration war ein glänzender Aufstich zu dem von der A.G.O. einberufenen Erwerbslosenkongress, der am Sonnabend, dem 17. Januar, in Amsterdam zusammentritt und der von zahlreichen Delegationen aus allen Teilen Hollands besucht sein wird.

Die Wahrheit über die Meuterei an Bord der „Lucia“

Wie der Londoner „Daily Worker“ von seinem Sonderberichterstatter aus Plymouth erzählt, war die Meuterei auf der „Lucia“ eine Folge der harten und unerträglichen Disziplin in der gesamten Flotte, die in der letzten Zeit beträchtlich verschärft wurde. Die Verhältnisse auf der „Lucia“ waren besonders schlecht. Im besonderen wurden die Leute vom ersten Leutnant geplagt. Für den leichtesten Verstoß wurden Landurlaube verweigert oder eingestellt. Die Unterbringung auf dem Schiff war sehr schlecht. Die Zwischenfälle, die im Zusammenhang mit der Verlängerung des Weihnachtsurlaubes stattfanden, waren nur eine der Ausdrucksformen der herrschenden allgemeinen Empörung.

Das Verhalten der „Arbeiter“-Regierung seit den Verhaftungen ist höchst bezeichnend. Es wurde eine Untersuchungskommission ernannt, die ausschließlich aus höheren Offizieren besteht und hinter geschlossenen Türen verhandeln soll. Die Gefangenen werden vor ein Kriegsgericht gestellt werden, und es drohen strenge Strafen, wenn nicht eine gewaltige Protestaktion der Arbeiterschaft einsetzt.

Die Strasse ohne Sonne

Ein japanischer Arbeiter-Roman

von N. Tokunaga

Koblenz: dt. Internationales Arbeiter-Verlag G. m. b. H. Berlin.

1. Fortsetzung.

Die zwei Besucher verlassen das Zimmer des Polizeichefs. Vor dem Tor des Amtes stand ein neuer Packard, der Motor lang mit hellem Klang.

„Glauben Sie bestimmt daran?“ fragte Minayama, als sie im Wagen saßen.

„Na, es ist immer so. Ein Beamter darf einfach nicht gleich ja sagen.“ lachte der Stadtverordnete optimistisch. Das Auto fuhr geradeaus durch die Diwanstraße und verschwand im Hof des Hauses von Herrn Kuniko, dem Direktor des Yamato-Roban-Verlages.

★

Olawa war ein Frühlingskinder. Er trug niemals europäische Kleidung und auch niemals andere Schuhe als leichte japanische Strohsandalen. Das war fast bekannt.

In diesem Tage war er wie immer um fünf Uhr aufgestanden. Seine Energie, die er durch strenge Enthaltung von Frauen und Wein gut konserviert hatte, war seit seiner Jugend die gleiche geblieben. Jetzt konnte er von drei Uhr ab nicht mehr gut schlafen, das war die einzige Unregelmäßigkeit, die das Alter mit sich brachte.

Der schwermütige, zu einem Strich zusammengepreßte Mund nahm den größten Teil seines Gesichts mit dem gut gebauten Kinn ein. Er war nicht sehr groß; aber Menschen, die dieses Gesicht von oben zu sehen bekamen, waren nicht häufig. Die meisten bückten sich vor diesem kleinen Mann so tief, daß sie ihn doch von unten ansehen mußten.

Unter den Abgeordneten des Oberhauses war er der einzige,

der bei jedem Kabinettswechsel als Kandidat der Barone vorgeschlagen wurde.

Seine Hartnäckigkeit und sein klarer, mathematischer Kopf wurden von seinen Anhängern abgöttisch verehrt.

Um sieben Uhr, nach dem Frühstück, ging er in sein Arbeitszimmer und sah die Berichte seiner Gesellschaften durch, mehr als fünfzig. Mit seinem Sekretär sprach er nie anders als im Befehlstone. Das gestrige Ereignis war ihm so gleichgültig, daß er darüber gar nichts in der Zeitung lesen wollte. Nachdem er die wirtschaftlichen und politischen Seiten der Zeitungen überflogen hatte, rief er nach seinem Dienstmädchen und klebete sich um.

Vor der Tür sagte sein Sekretär:

„Herr Shibusala hat eben angerufen und fragt, ob er zu Hause auf Sie warten soll. Was soll ich antworten?“

„Ist Herr Shibusala persönlich am Apparat?“

„Ja.“

Darauf ging er selbst in die Telefonskabine. Der alte Shibusala war gleichfalls ein Frühlingskinder. Olawa lachte vergnügt, als er nach fünf Minuten die Telefonskabine verließ. Er war selten guter Laune.

Die beiden Helden treffen aufeinander! dachte der Sekretär bei sich.

Der Generalkassier des Mitsubishi-Finanzbros war bis heute Olawas bester Gegner, der auf allen möglichen Aktionsgebieten mit ihm gekämpft hatte. Mit einemmal wurde Olawa um ein Zusammentreffen gebeten. Der Sekretär war sehr gespannt und befaßte einem Diener, das Auto zu schicken.

Um neun Uhr trat Olawa, gefolgt von seinem Sekretär, in das Direktorenzimmer des japanischen Industrieverbandes. Acht Herren standen von den Stühlen auf, um ihn zu begrüßen.

Es waren die Direktoren der Daido-Druckerei, der japanischen Lampenfabrik, der Olawa-Maschinenwerke, der Olawa-Gummierwerke und so fort.

Olawa nahm auf dem Präsidentenstuhl Platz und sah die acht Herren an wie Untertanen, die er hierher kommandiert hatte. Viele acht Herren hatten die verschiedensten Titel: Direktor, Geschäftsführer, zweiter Fabrikvorsteher usw.; sie besaßen aber nur dem Namen nach Anteile der Gesellschaft und waren im übrigen Angestellte ohne besondere Rechte.

Nach einem kurzen Schweigen sagte Olawa plötzlich:

„Herr Furuya, bitte den Streikbericht.“

Ein langer dünner Herr, dessen Kopf und Körper nur durch einen schwarzen Schlops getrennt wurden, das war Furuya, der Geschäftsführer der Daido-Druckerei. Er hatte diese Frage erwartet und nahm aus der Aktentasche den Tagesbericht, ein Protokoll und Flugblätter der Streiker und erklärte:

Olawa, der schwer wie ein Berg auf dem Sessel saß, sah starr an die Wand und sprach kein Wort. Nachdem der Geschäftsführer seinen Bericht beendet hatte, mußte er noch die kleinen und großen Flugblätter vorlesen, ehe Olawa antwortete.

Die Leute von der japanischen Lampenfabrik und von der Dosi-Papierfabrik verstanden nicht, warum man sie zu diesem Streikbericht hinzugezogen hatte.

Im Zimmer herrschte eine drückende Stille, nur die lebhafte Geräusche der Autos, die sieben Stockwerke tiefer in der Unterwelt über die Straße rasten, drangen gedämpft durch die geöffneten Fenster herein.

Endlich begann Olawa zu sprechen:

„Lesen Sie jede Antwort an die Streikenden ab.“

„Ja.“ sagte der Geschäftsführer und machte ein hilfloses Gesicht, weil Olawa sich nicht genauer erklärte.

Olawa wandte sich jetzt fragend an die anderen Herren: „Wie lange können Sie mit Ihren Lagerverordnungen aushalten, wenn wir jetzt die ganze Produktion stilllegen?“

Die Frage kam ihnen völlig unerwartet. Ueberrascht be richtete jeder nur ganz allgemein über die Bestände der Fabriklager und der bei den Wopingsvertretern lagernden Waren.

„Gut. Ich habe jetzt eine Besprechung mit Herrn Shibusala. Sie gehen in Ihre Fabriken und bringen alle Lager in Ordnung, damit wir nicht in Verlegenheit kommen, wenn morgen der Streik beginnt.“

Er winkte seinem Sekretär mit den Augen, nahm seinen Stuhl, den Furuya ihm reichte und verließ das Direktorenzimmer, ohne sich, wie das diese Herren meist tun, eine Zigarre anzubrennen. Olawa ging die Wendeltreppe hinunter, er liebte es nicht, den Fahrstuhl zu benutzen. Als er durch das Haupttor des Volkstraders trat, sah er eine fragwürdige Gestalt.

Fortsetzung folgt

Rund um den Erdball

10 Tage, die die deutsche Arbeiterschaft nie vergißt

Nostes Weißgardisten auf der Jagd nach Karl und Rosa

Am 5. Januar 1919: Der Kampf um den revolutionären Polizeipräsidenten Berlins entbrennt

Am 15. Januar 1919 zum 12. Male vor Tag, an dem die besten der deutschen Arbeiterbewegung, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, der besten Soldaten Nostes zum Opfer fielen. Wegen der ununterbrochenen Dege und Verfolgung, aber auch des heroischen Kampfes waren der seligen Märtyrer vorausgegangen. In einer Kriegerfeier, mit der wir heute beginnen, sollten wir die letzten zehn Tage im Leben unserer beiden unvergesslichen Führer Karl und Rosa.

(Arbeiterkorrespondenz)

Sonntag, den 5. Januar 1919

Mit dem Erscheinen des im Folgenden wortwörtlich veröffentlichten Flugblattes, das in Massen unter der Berliner revolutionären Arbeiterschaft verteilt wurde, begann der Kampf um den revolutionären Polizeipräsidenten Berlins, um den Genossen Eichhorn, der von den Ebert und Scheidemännern in heimtückischer Weise aus seinem Amt gedrängt worden war. Aber zugleich begann mit diesem Flugblatt das letzte Kapitel im Leben des Kämpfers Liebknecht:

Arbeiter! Parteigenossen!

Heute große Massendemonstration!

Berlin, den 5. Januar 1919.

Die Regierung Ebert-Scheidemann hat ihr revolutionsfeindliches Treiben zu einem neuen niederträchtigen Anschlag gegen die revolutionäre Arbeiterschaft Groß-Berlins gesteigert: sie verbietet, den

Polizeipräsidenten Eichhorn in heimtückischer Weise aus seinem Amte zu drängen.

Sie will ihr willfähriges Werkzeug, den derzeitigen preussischen Polizeiminister Ernst an Eichhorns Stelle setzen. Die Regierung Ebert-Scheidemann will damit nicht nur den letzten Vertrauensmann der revolutionären Berliner Arbeiterschaft beseitigen, sondern vor allem in Berlin ein

Gewaltregiment gegen die revolutionäre Berliner Arbeiterschaft aufrichten.

Arbeiter! Parteigenossen! Es handelt sich hierbei nicht um die Person Eichhorns. Ihr selbst sollt vielmehr durch den Gewalttreiberei um den letzten Rest der revolutionären Errungenschaften gebracht werden.

Mit Hilfe der Majonette

will die Ebert-Regierung mit ihren Helfershelfern im preussischen Ministerium ihre Macht stützen und sich die Gunst des kapitalistischen Bürgertums sichern, dessen verkappte Interessenvertreter sie von Anfang an waren.

Mit dem Schlage, der gegen das Berliner Polizeipräsidium geführt wird, soll das ganze deutsche Proletariat, die ganze deutsche Revolution getroffen werden. Arbeiter! Parteigenossen!

Das könnt, das dürft Ihr nicht dulden! Heraus darum zu wuchtigen Massendemonstrationen!

Zeigt den Gewalthabern von heute Eure Macht; zeigt, daß der revolutionäre Geist der Novembertage in Euch nicht erlöschen ist.

Sammelt Euch heute Sonntag, um 2 Uhr, zur imposanten

Massenkundgebung in der Siegesallee!
Marschiert in Massen auf!

Es gilt Eure Freiheit, Eure Zukunft, es gilt das Schicksal der deutschen Revolution!

Nieder mit der Gewalt Herrschaft der Ebert-Scheidemann, Sirich und Ernst! Es lebe der revolutionäre internationale Sozialismus!

Die revolutionären Obleute und Vertrauensmänner der Großbetriebe Groß-Berlin.

Der Centralvorstand der sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins der unabhängigen Sozialdemokratie.

Die Centrale der kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund).

Im vollsten Einverständnis mit den revolutionären Obleuten und Vertrauensmännern Groß-Berlins und selbstverständlich auch im Einverständnis mit Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg dachte der Genosse Eichhorn nicht im Traume daran, seinen Posten als Polizeipräsident auf den Pfiff der Ebert-Scheidemann hin zu verlassen. Der Aufruf zum Massenprotest in der Siegesallee gegen die Amtsenthebung Eichhorns, von Liebknecht verfaßt, alarmierte am Sonntag, dem 5. Januar 1919, Hunderttausende von kampfbegeisterten Arbeitern Berlins. Es war eine der gewaltigsten Kundgebungen des Proletariats.

Gegen 2 Uhr erschien Liebknecht und hielt eine zündende Ansprache. Mit hinreißender Beredsamkeit forderte er die Massen auf, das Polizeipräsidium, löste es, was es wolle, zu halten und sich dieses Bollwerk der Revolution nicht entreißen zu lassen. Dann formierten sich die Massen zu einem endlosen Demonstrationzug. Arbeiter, Arbeiterinnen und Soldaten, Voran der „rote Soldatenbund“ und selbstverständlich auch die kämpfende Arbeiterjugend! Mit wehenden Fahnen und Bonnern ging es durch das Brandenburger Tor, Unter den Linden, wo Liebknecht von einem Auto herab, vor dem Amtsgebäude des Sozialdemokraten Ernst, erneut eine Ansprache hielt.

Auch hier wiederholte er seinen Ruf zum Kampf und seine Parole zur Bewaffnung des Proletariats, zur Bildung einer roten Garde.

Mit grenzenloser Begeisterung wurde Liebknechts Rede auf-

Arbeiter, vergesst es nie!

Zwei Tage vor der feigen Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburg erschien im „Vorwärts“, also in der Nummer 22 vom 13. Januar 1919, die „lyrische“ Aufforderung zum Mord an den SPD.-Hofdichter Zickler:

Das Leichenhaus

Viel' hundert Tote in einer Reih' —
Proletarier!

Es fragten nicht Eisen, Pulver und Blei,
Ob einer rechts, links oder Spartakus sei,
Proletarier!

Wer hat die Gewalt in die Straßen gesandt —
Proletarier!

Wer nahm die Waffe zuerst zur Hand
Und hat auf ihre Entscheidung gebrannt?
Spartakus!

Viel' hundert Tote in einer Reih' —
Proletarier!

Karl, Rosa, Radek und Kumpanol —
Es ist keiner dabei, es ist keiner dabei!
Proletarier!

Artur Zickler.

genommen. Auf dem Marsch zum Polizeipräsidium erscholl immer wieder und wieder der Ruf: Waffen her!

Vom Polizeipräsidium begab sich Liebknecht zur Redaktion der „Roten Fahne“. Hier pläzte bald in eine Konferenz die Meldung, daß bewaffnete Arbeiter die Redaktion des sozialpatriotischen „Vorwärts“ besetzt habe und von dort aus auch die gesamte bürgerliche Presse und das „Wolffsche Telegraphenbüro“ genommen hätte. Um diese spontane Aktion zu verbreitern, erließ Liebknecht unverzüglich einen Aufruf in der „Roten Fahne“ an die Berliner Arbeiterschaft, durch erneute wuchtige Demonstrationen zu Montag, dem 6. Januar 1919, ihre kämpferische Solidarität zu bekunden.

Montag, den 6. Januar 1919

Vormittags 11 Uhr in der Siegesallee. Wieder stauen sich zu Hunderttausenden die Berliner Arbeiter und Arbeiterinnen, die revolutionären Soldaten und Jungarbeiter. Liebknecht soll

Zwei Flugzeugkatastrophen in England

Vier Todesopfer an einem Tage

London, 13. Januar. Am Montag wurde die englische Militärfliegererei von zwei schweren Flugzeugkatastrophen betroffen, bei der vier Militärflieger getötet und zwei schwer verletzt wurden.

Ein Bombengeschwader von drei Flugzeugen mußte an der Grenze von Lincolnshire und Northampton eine Notlandung vornehmen. Dabei rannte ein Bombenflugzeug mit großer Gewalt gegen eine Böschung und überflieg sich. Zwei Offiziere und ein Sergeant wurden auf der Stelle getötet. Ein Mechaniker wurde schwer verletzt.

Das zweite Bombenflugzeug, das einige hundert Meter von der Unglücksstelle ebenfalls eine Notlandung vornahm, wurde schwer beschädigt. Einer der Flieger erlitt eine lebensgefährliche Verletzung. Die dritte Maschine konnte unbeschädigt landen.

Die zweite Flugzeugkatastrophe, wobei Menschenleben umkamen, ereignete sich in der Nähe des Flugplatzes von North Weald in der Grafschaft Essex. Dort flogen zwei Flugzeuge in geringer Höhe dicht nebeneinander und senkten sich zur Begrüßung, als plötzlich der Flügel der einen Maschine das Steuer der anderen berührte, die darauf sofort abstürzte und sich tief in den Boden grub. Der Führer der Maschine war sofort tot. Die englische Militärfliegererei forderte im neuen Jahre damit bereits ihr siebentes Opfer.

Mörder Lynch in USA.

Ein Neger am Schornstein festgebunden und das Haus angezündet

New York, 13. Januar. Wieder rast die Lynchbekrie in Nordamerika. Diesmal wurde in dem Städtchen Maryville im Staate Missouri ein Neger das Opfer des entfesselten Rassenhasses fanatisierter Episkoper. Eine etwa 300köpfige Menschenmenge be-mächtigte sich des Negers Grant, der angeblich ein-gestanden hatte, eine junge Weiße, die Lehrerin des Ortes, ermordet zu haben.

Die jubelnde Menge schleifte den unglücklichen Neger durch die Straßen der Stadt zum Hause der Lehrerin. Dort wurde er

leben! Und Liebknecht begeisterte wie immer die Menge. Dann legte sich die Masse geschlossen in Marsch zum Marstall. Auf dem Wege dorthin — Liebknecht bemerkt eine Droßke — wurde er in der Wilhelmstraße von der verbehten Bürgerfanaille erkannt und umringt. Die Bande wollte ihn lynchen. Doch auf dem Ruf eines revolutionären Soldaten: „Liebknecht in Gefahr!“ kamen einige mangelhaft bewaffnete Soldaten herbeigerannt und befreiten ihn wieder.

Unter den Linden mußte Liebknecht wieder eine kurze Ansprache halten. Erst dann konnte er ungestört die Fahrt zum Marstall fortsetzen. Stundenlang zogen sich die Verhandlungen im Marstall mit den Führern der revolutionären Matrosen hin. Währenddem demonstrierten die Berliner Arbeiter fortwährend um den Marstall. Unaufhörlich riefen sie nach ihrem Liebknecht. Und Liebknecht unterbrach wiederholt die Beratungen, um den fürmischen Massenrufen Folge zu leisten. Vom Marstall, nach Stunden zermürbender Beratung, in der Liebknecht immer wieder versuchte, die Unentschlossenheit, besonders der Unabhängigen Sozialdemokraten, zu bannen, begab er sich zum Polizeipräsidium, wo die Verhandlungen mit den revolutionären Obleuten der Berliner Großbetriebe begannen.

Dienstag, den 7. Januar 1919

Auch diese Verhandlung, die im großen Sitzungssaal des Polizeipräsidiums stattfand, führte zu keinem klaren Ergebnis. Bis dann am Dienstag früh 5 Uhr der erste Schuß fiel, der den fruchtlosen Beratungen ein jähes Ende bereitete. Dieser erste Schuß leitete eine kurze, aber heftige Schießerei ein zwischen Nostes Weißgardisten und revolutionären Arbeitern. Nachdem eine kurze Ruhepause eingetreten war, fuhr Karl Liebknecht nach Neufölln, um dort bei einem Genossen einige Stunden zu schlafen. Doch bald holte ihn ein Kurier wieder zu neuen Verhandlungen, die in einem kleinen Lokal im Böhlowviertel stattfanden.

Inzwischen entwickelten sich die Kämpfe am Polizeipräsidium, die Bewaffnung der Massen und die heroische Verteidigung der revolutionären Arbeiter und Soldaten im Zeitungsviertel. Durch Kurier wurde Karl Liebknecht von jeder Kampfhandlung unterrichtet. Keinen Augenblick riß die Verbindung zwischen ihm und den kämpfenden Massen. Denn wer anders sollte die Revolution führen als Karl Liebknecht, der schärfste Gegner der Ebert-Scheidemann und Noske? Die Böhlow-Brauerei wurde daher in diesen für die deutsche Revolution so entscheidenden Stunden und Tagen der Brennpunkt der Geschehnisse. Denn von hier aus gab Karl Liebknecht unermüdet seine klaren Anweisungen und zündenden Parolen. (Fortsetzung folgt.)

auf das Dach des Hauses geschleppt, am Schornstein festgebunden und das Haus angezündet. Die Schmerzensschreie des Gefolterten gingen unter im Geheul und Gejohle der Lynchbesten. Wie immer, hat auch diesmal die amerikanische Polizei strengste Untersuchung des „bedauernswerten Vorfalls“ versprochen. Nun, die Arbeiterschaft der Welt weiß, was sie von diesem Versprechen zu halten hat, nämlich nichts.

Das Bergsturzunglück in Ecuador

Insgesamt 160 Streckenarbeiter ums Leben gekommen

New York, 13. Januar. Nach den letzten Meldungen sind im südamerikanischen Staate Ecuador bei der Bergsturzungs-katastrophe in der Nähe der Station Suigra nicht 150, sondern 160 Streckenarbeiter ums Leben gekommen. Nur zehn Arbeitern gelang es, mit mehr oder weniger schweren Verletzungen sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Die Eisenbahnstrecke ist auf lange Zeit unpassierbar geworden.

Unterirdischer See verursacht Erdbeben

Bei Aufräumarbeiten in Lyon, wo, wie erwähnt, vor einiger Zeit ein ganzes Stadtviertel verschüttet wurde, entdeckte man am Montagnachmittag, unmittelbar unter den eingestürzten Gebäuden, einen großen unterirdischen See. Man vermutet, daß dieser See die Ursache zu der Katastrophe gewesen ist.

Die Flucht mit 120 000 Mark

Der Gemeinderentmeister Schlömer aus Tübingen bei Aöln ist mit dem gesamten Barbestand der Gemeindekasse in Höhe von 120 000 Mark geflüchtet. Man vermutet, daß er sich nach Holland gewandt hat.

Großer Giftdiebstahl in London

Während des Besuches eines Arztes in einem Londoner Krankenhaus wurden aus seinem draußen haltenden Krankenwagen zwei Koffer mit gefährlichen Giften, darunter Strychnin, Morphium usw., gestohlen. Die Giftmenge würde zur Tötung von Hunderten von Personen ausreichen.

25. Februar - Kampftag gegen Arbeitslosigkeit

Aufruf der kommunistischen Parteien und revolutionären Gewerkschaften Europas

Die unterzeichneten Organisationen beschließen gemeinsam folgenden Aufruf:

Angeichts des ungeheuren Wachstums der Arbeitslosigkeit und der Massennot in diesem Winter rufen wir an die kommunistischen Parteien, die revolutionären Gewerkschaftsorganisationen und alle revolutionären Organisationen der kapitalistischen Länder die Aufforderung, einen internationalen Kampftag gegen die Arbeitslosigkeit am 25. Februar zu organisieren.

Der Weltimperialismus hat auf das Einsetzen der ökonomischen Krise reagiert mit dem rücksichtslosen Hinauswerfen von

mehr als 25 Millionen

Arbeitern aus den Werkstätten auf die Straße. Mit diesem mehrfachen Ueberfall auf die Arbeiterklasse verfolgen aber die Kapitalisten aller Länder, wie es sich bereits klar gezeigt hat, einen noch weitergehenden räuberischen Zweck: sie wollen vermittels des Hochdrucks der Massenarbeitslosigkeit die Löhne der Arbeitenden niederpressen, eine durchgreifende Senkung des Lebenshaltungsstandes der gesamten Arbeiterklasse durchsetzen. Wahrhaftig, das Kapital ist bis zum Ende treu seiner ursprünglichen Wehrwolfnatur und Profitgier!

Aber noch nie dagewesen ist der ungeheure Maßstab, in dem gegenwärtig das monopolistische Finanzkapital in allen Weltteilen auf der Jagd nach Befriedigung seines unermesslichen Profitheißhungers die menschliche Existenz der unmittelbaren Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums verwüftet. Je größer das Kapital eines Bankkonzerns, eines Kartells oder Trusts, um so größerer Reichtum nimmt der Herrscher dieses Kapitals in Anspruch, aus dem Elend der Millionen Werttätigen neue Millionenprofite herauszureißen.

Gegen diese ungeheure Hungeroffensive der herrschenden Großkapitalisten muß die

Gegenoffensive des Proletariats

unverzüglich in allen kapitalistischen Ländern organisiert werden. Sonst gibt es keine Rettung für das Proletariat. Breite Arbeitermassen selbst sind auch bereit zu kämpfen, sie wollen nicht klammern kapitulieren. Aber der größte Teil der organisierten Arbeiter wird noch immer gebunden und vom Kampfe abgehalten durch die sozialdemokratischen, reformistischen, christlichen, syndikalistischen und faschistischen Organisationen, an deren Spitzen verschworene Lakaien des Kapitalismus stehen, die alles aufbieten, um jeden Widerstand seitens der Arbeiterklasse gegen die Kapitaloffensive zu vereiteln.

Dieser verhängnisvolle Einfluß der reaktionären Arbeiterbürokratie muß notwendig durch das Herantreten der revolutionären Arbeiterorganisationen direkt an die breitesten Arbeitermassen durchbrochen werden. In jedem einzelnen Lande muß die Klassenbewußtheit, aktive Vorhut des Proletariats sich an alle Arbeiter wenden, in unmittelbare Verbindung mit allen Arbeitermitgliedern der reformistischen, syndikalistischen, anarcho-syndikalistischen und christlichen Organisationen treten, mit einer Sprache, die jeder Klassengenosse versteht, um sie von der Notwendigkeit der

proletarischen Einheitsfront

für den Kampf gegen die Hungeroffensive der Bourgeoisie zu überzeugen.

Die Massenagitation für größtmögliche Mobilisierung der Erwerbslosen und insbesondere auch der Betriebsarbeiter zu den

internationalen Kundgebungen am 25. Februar

ist frühzeitig genug, ist ohne jede Verzögerung bereits jetzt aufzunehmen. Dabei ist die Aufmerksamkeit zu konzentrieren auf wenige, allerdinglichste Kampfforderungen, die den unmittelbar verständlichen Bedürfnissen der breitesten notleidenden Massen entsprechen. Wir schlagen vor, als solche

minimalen Aktionsforderungen,

die in allen kapitalistischen Ländern aufgestellt werden können, folgende herbeizuholen:

1. Sofortige Zahlung einer einmaligen Winterbeihilfe in Geld an jeden Erwerbslosen in einem Betrag, der jedem mindestens für zwei Monate das Existenzminimum sichergestellt. Die erforderlichen Mittel zu diesem Zweck sind dem Militärbudget und anderen sozialschädlichen Ausgabenposten der Staaten zu entnehmen.

2. Eine den notwendigen Lebensbedürfnissen der Arbeiter wirklich entsprechende Erwerbslosenversicherung, ausschließlich auf Kosten der Unternehmer und des Staates. In denjenigen Ländern, wo es ein System der Erwerbslosenunterstützung gibt, Verbesserung dieses Systems und Erhöhung der Unterstützungsbeträge. Entschlossener Kampf gegen jede Politik des Abbaus der Sozialausgaben — für progressive Besteuerung der Großkapitalisten und Großagrarier.

3. Befreiung der Erwerbslosen von der Bezahlung der Wohnungsmiete, der Steuern und Ausgaben für notwendige kommunale Dienste, solange sie nicht durch ausreichende Sozialversicherung oder Sozialversorgung sichergestellt sind. Verbot der Exmittierung der Erwerbslosen.

4. Streikstunden-Arbeitstag mit vollem Lohnausgleich, sechs Stunden in gesundheitsschädlichen Betrieben und für alle Jugendlichen. Unnachgiebiger Kampf gegen den Vorkriegslohn für Erhöhung der Löhne. (Konkrete Lohnforderungen, beschlossen durch Arbeiterkonferenzen in den einzelnen Industriezweigen.) Verbot der Massenentlassungen.

Zu diesen Forderungen sollen noch in jedem einzelnen Lande einige andere konkrete Aktionsforderungen hinzugefügt werden, welche aus der besonderen Situation des betreffenden Landes herausgewachsen sind in engem Zusammenhang mit dem Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit stehen, so z. B. in einer Reihe von Ländern: Kampf gegen den weißen Terror und Faschismus; gegen Maßnahmen der bürgerlichen Politik, die sich auf die Verelendung der Bauernmassen richten; Einstellung der Zahlung für den Young-Plan (Deutschland); Konfiskation des Vermögens der Fürsten und der Kirche, oder besondere Lösungen gegen das imperialistische Regime in den Kolonialländern.

Außerdem muß der Kampf gegen die Erwerbslosigkeit verbunden werden mit der Bekämpfung der

Kriegsvorbereitungen

der bürgerlichen Regierungen. Für die werktätigen Volksmassen ist es noch durchaus nicht klar, welche ungeheure Verbrechen die Machthaber ihrer Länder — zum größten Teil im Geheimen — jetzt vorbereiten. Großbritannien und die Vereinigten Staaten rüsten zum Kriege gegeneinander, Frankreich und Italien rüsten auch gegeneinander usw. Die ganze imperialistische Welt rüstet zum Kriege gegen die Sowjetunion!

In erster Reihe arbeiten gegenwärtig an der Verwirklichung dieses Räuberplans der Generalstab der französischen Armee, die militärischen Leitungen Polens, Rumäniens, Finnlands, Lettlands und Estlands, wie auch sehr einflussreiche militärische Kreise in England.

Die internationale Kampagne der Bourgeoisie, der Sozialdemokraten und Faschisten, die unter dem Vorwande der Bekämpfung des „Sowjet-Dumpings“ geführt wird, verfolgt den Zweck, die Aufmerksamkeit der werktätigen Volksmassen der kapitalistischen Länder von den wirklichen Schuldigen an der Verelendung ihrer Lage abzulenken und ihnen die Notwendigkeit der Intervention gegen die Sowjetunion vorzutäuschen. Gerade das Jahr 1931 wird von den imperialistischen Feinden der Sowjetunion als entscheidend für ihre

Interventionsbestrebungen

betrachtet, weil dieses Jahr in der Sowjetunion entscheidende Bedeutung für die Verwirklichung des großen sozialistischen Fünfjahresplanes hat. Darum müssen wir, Arbeiter der kapitalistischen Länder, gerade gegenwärtig mit der höchstgezügelter Wachsamkeit die Kriegsvorbereitungen der militärischen Kreise verfolgen, entlarven und bekämpfen. Im Lande der Sowjets, wo das siegreiche Proletariat

den Sozialismus aufbaut, gibt es keine Erwerbslosigkeit, sondern im Gegenteil, die Nachfrage nach zulässigen Arbeitskräften wächst immer mehr. Der Kapitalismus dagegen braucht die Massenarbeitslosigkeit, er braucht die Akkumulation des Elends der Werttätigen im Interesse der Akkumulation des Kapitals. Noch nie in der Weltgeschichte ist dieser Gegenstand so ungeheuer groß gewesen, wie gerade jetzt, wo das kapitalistische System bereits in seinen Grundlagen erschüttert worden ist. Die Warenlager der Großkapitalisten sind überfüllt von Produkten aller Art, während die Erzeuger dieser Reichthümer massenhaft verhungern. Wir, Vertreter der revolutionären Arbeiterorganisationen, verhehlen keinen Augenblick, daß die Konfiskation all dieser Reichthümer unser Ziel ist.

Der einzige Ausweg zur endgültigen und vollständigen Lösung der Frage der Erwerbslosigkeit ist der revolutionäre Kampf für den Sturz der kapitalistischen Regierungen, für die Eroberung der Macht durch das Proletariat, für die Expropriation der Expropriateure.

11. Januar 1931.

Das ZK. der KP. Deutschlands.

Das ZK. der KP. Frankreichs.

Das ZK. der KP. Großbritanniens.

Das ZK. der KP. der Tschechoslowakei.

Das ZK. der KP. Polens.

Das Reichskomitee der KPD. Deutschlands.

Bureau Confédéral der CGTU.

Die Leitung der Minderheitsbewegung in England.

Die Leitung der Roten Gewerkschaften der Tschechoslowakei

Wels wirbt bei der SAJ. für seine Brüning-Politik

Tagung des Reichsausschusses der Sozialistischen Arbeiterjugend — Was Wels über die Jugend in der SPD. sagt und was die Wahrheit ist

Am Sonntag fand in Berlin eine Tagung des Reichsausschusses des Verbandes der Sozialistischen Arbeiterjugend statt, in der Wels das politische Referat hielt. Der Parteivorstand der SPD. hatte sich die Aufgabe gestellt, einen Werbevortrag für die Brüning-Politik der SPD. zu halten und zu versuchen, die massenhafte Abwanderung der SAJ.-Proleten zur revolutionären Klassenfront zu hemmen.

Nach dem im „Abend“ vom 12. Januar veröffentlichten Bericht hat Wels krampfhaft versucht, dabei den Sozialisten zu spielen. Wels glaubte den Kommunisten Nationalismus vorwerfen zu können und die Sozialdemokratie als die Internationalisten hinzustellen. Den „Internationalismus“ der Wels u. Co. haben die SAJ.-ler bei dem Kampfausmarsch gegen den Faschismus in Berlin zu spüren bekommen, wo ihnen von ihren Parteiführern und der Polizei des Sozialdemokratischen Erzfeindes verboten wurde, die „Internationale“ zu singen. Er zeigt sich auch jetzt wieder in Oberschlesien, wo die SPD. mit den faschistischen Verbänden in einer nationalistischen Hejront ist, während die KPD. den gemeinsamen Kampf der deutschen und polnischen Arbeiterklasse gegen den deutschen und polnischen Faschismus organisiert.

Wels führte weiter aus: „Die Demokratie ist die beste Sicherung gegen neue Kriege.“ Daß die Frage Republik oder Monarchie überhaupt nichts mit der Frage des Krieges zu tun hat, sollte auch Herrn Wels klar sein. Der Chauvinismus des „demokratischen“ England, Frankreich und Amerika unterschied sich im vergangenen Weltkriege in nichts von dem des absolutistischen England und des wilhelminischen Deutschland.

So versucht Wels die Wahrheit, daß allein in der sozialistischen Gesellschaftsordnung Kriege unmöglich gemacht sind, in die Lüge umzufalschen, die Demokratie sei eine Sicherung gegen neue Kriege.

Wels verteidigte dann die Brüning-Politik der SPD. und erklärte, daß die Politik der SPD. Reichs-

tagsfraktion darauf gerichtet sei, „den Faschismus unter allen Umständen von der legalen Machtergreifung fernzuhalten“.

Die Wahrheit aber ist, daß die SPD. durch die „Tolerierung“ der Brüning-Regierung, durch ihre Zustimmung zur Notverordnungsdiktatur und zur Ausschaltung des Parlaments in Wirklichkeit die „legale“ Umgestaltung der demokratischen zur faschistischen Republik durchführt.

Den Klassenkampfwillen der jungen Arbeiter suchte Wels dadurch zu erledigen, daß er als die größte Aufgabe die „Wendung der Klaren Vernunft“, und darunter versteht er die Zustimmung zur Brüning-Politik, bezeichnet. Wohin die „Vernunft“ führt, kann jeder SAJ.-ler an der faschistischen Entwicklung Deutschlands selbst feststellen.

Wels brachte dann bemühte Lügen über die Rolle, die die Jugend in der SPD. spielt. Er erklärte u. a.:

„Die Jugend fehlt uns nicht. Die Partei ist reich an Erfahrung, sie ist stark an jungen Kräften, und sie braucht den Elan und die Begeisterungsfähigkeit der Jugend in dieser schweren Zeit ganz besonders.“

Die Verlogenheit dieser Phrasen zeigt sich in der völligen Ausschaltung der Klassenkampfwilligen Jugend in der SPD., in der Auflösung der Jungsozialisten und des Jungordnerdienstes in Berlin. Sie zeigt sich zugleich auch in dem ständigen Rückgang der SAJ.

Hierzu nur einige Zahlen:

In München ist die SAJ. in der letzten Zeit von 600 auf 300 Mitglieder zurückgegangen, im Vogtland von 500 auf 300, in Königsberg von rund 1000 auf 600, in Lübeck von 80 auf 30, in Reddinghausen von 60 auf 11, in Ratungen bei Düsseldorf von 50 auf 9 usw.

Der krampfhafte Versuch Otto Wels', die Jugend für seine arbeitserfindliche Politik einzufangen, wird wenig Erfolg haben. Die Jungarbeiter verlassen die SAJ. und schließen sich den Massen der revolutionären Kampffront, dem kommunistischen Jugendverband an.

Nationalistischer Hehlm in Leipzig unmöglich gemacht

Leipzig, 13. Januar. Am Sonntag vormittag sollte in zwei Leipziger Ufa-Theatern die Sondervorführung eines Films „Der Weltkrieg, wie er wirklich war“ stattfinden. Die Aufführung dieses beispiellos chauvinistischen Hehlfilms wurde in beiden Theatern durch den stürmischen Protest der Besucher verhindert. An diesem Protest beteiligten sich einheitlich kommunistische, sozialdemokratische und parteilose Arbeiter. Die bürgerliche Presse tobt in allen Tonarten und weist besonders darauf hin, daß die Angelegenheit dadurch „besonders peinlich wurde, daß auch ein Hindenburg-Film, der den Generalfeldmarschall als Reichspräsidenten, als Befreier Ostpreußens und als Sieger von Tannenberg zeigte,“ stürmische Proteste erregte.

Proletarische Abwehr gegen Naziüberfälle

Muerbach i. Vogtl., 13. Januar. Vor einigen Tagen ereignete sich hier ein gemeiner Naziüberfall auf Arbeiter. Eine ganze SAJ.-Abteilung fiel über einige Proleten her und mußte dabei aber erleben, daß sie von anderen Klassengenossen Hilfe erhielten, so daß die Nazis die Flucht ergreifen mußten. Ein Nazi wurde dabei schwer verletzt.

Mit Weibraud, Kerter und Gummitümpel

Ein internationaler Kongreß „gegen den Unglauben“

Die „Internationale religionspsychologische Gesellschaft“, die sich aus Pfaffen aller Konfessionen zusammensetzt, wird im August 1931 in Wien eine fünftägige internationale Tagung „gegen den Unglauben“ abhalten. Der Charakter dieser Pfaffen-Gesellschaft wird in der „Germania“, im Organ der Brüning-Katholiken selbst folgendermaßen treffend gekennzeichnet:

„Die religionspsychologische Gesellschaft ist von dem international bekannten evangelischen Theologen Professor Reich gemeinschaftlich mit dem ersten Staatsanwalt Nahrhaft und dem Polizeipräsidenten Brandl ins Leben gerufen. Ein Dreieck also zwischen dem als Pädagogen tätigen Theologen, dem Staatsanwalt und dem Polizeipräsidenten. Allein in dieser Zusammenstellung zeichnet sich glänzend das Wesen und Prinzip der Gesellschaft ab, die nun mit ihrem ersten Kongreß ins Licht der großen Öffentlichkeit tritt.“

Zu dieser Charakterisierung braucht man nicht viel hinzuzufügen. Pfaffe, Staatsanwalt und Polizist, die Stützen der Ausbeutergesellschaftsordnung, sie gehören zueinander wie der Teufel zum Teufel.

Ein Nachwort zu Brüning's Ostreise

P. L. Brüning ist von seiner Ostreise fast zurückgekehrt. Diese Ostreise, die vielerlei Zwecken dienen sollte, wurde zu keinem Triumphzug des Hungerdiktators. Das Liebeswerben Brüning's um die ost-europäischen Großgrundbesitzer, österreichischen Junker und schlesischen Grafen begegnete einer lässigen Neugierigkeit. Die Herren von Ur und Palm wissen, daß ihr Hunger nach Millionenbillionen aus dem Steuerfiskus um so eher gestillt wird, je demonstrativer sie auftreten und je lauter ihre Opposition ist. Der Versuch, die Großgrundbesitzer unter Eugenbergs Führung für sich einzufangen, dürfte Brüning vorläufig daneben gelungen sein. Er muß schon mit stärkeren Argumenten aufwarten, um die Anhänger dieser Großgrundbesitzer zu bezaubern. Vielleicht hat er sich davon überzeugt und erweitert das Programm der Ostreise noch um einige hundert Millionen Mark als besondere „Hilfe“ für die Herren „von“ und „zu“. Im anderen Falle werden sonst diese „edlen Ritter“ unentwegt weitermachen in „nationaler Opposition“.

Auch der andere Zweck der Ostreise, die Demonstration des deutschen Imperialismus gegen die „ungerechte Grenzziehung“ im Osten, gegen die barbarische Unterdrückung der deutschen Minderheiten durch den tschechischen Imperialismus in Polen blieb in den Anfängen stecken. Ein paar reaktionäre höhere Verwaltungsbeamte rebellen von der Gefahr der polnischen Unterdrückung, und gleichermaßen als Antwort auf diese Reden und die Reden Brüning's riefen die Erbschöpfung der Erwerbslosen, die durch die Notverordnungen der tschechischen Brüning-Regierung der letzten Unterstützung beraubt und dem Hunger preisgegeben werden: „Nieder mit der Hungerdiktatur Brüning's!“

Brüning, der auszog, um im Osten durch eine nationalistische, imperialistische Stimmungsmache den Massen seine Schuld und die seiner Ministerkollegen an dem Hungertod vergessen zu machen, mußte erfahren, daß die Brüning-Regierung von den Massen der Arbeiter und Kleinbauern gehaßt wird. Die Steine, die auf seiner Reise gegen seinen Wagen geschleudert wurden, galten weniger ihm, als dem System, das er verkörpert, an dessen Spitze er steht. Dem Kapitalismus, der seine Ordnung nur noch durch eine unerhörte Ausplünderung und Ausbeutung des arbeitenden Volkes, durch die brutale Niedererschlagung streikender Arbeiter mit Hilfe der Polizei mit Gummiknüppeln und Revolvern aufrechterhalten kann.

Die Massen der Arbeiter und Kleinbauern glauben dem deutschen Imperialismus und seinen repräsentativen Vertretern kein Wort, wenn er mit verlogenen, heiklen Pathos über die Not und Unterdrückung deutscher Stammesbrüder in Polen deklamiert.

Ist denn der deutsche Imperialismus besser als der polnische? Sind denn die Millionen deutscher Arbeiter, Kleinbauern und kleinen Mittelständler unter der Herrschaft des deutschen Imperialismus nicht ebenfalls schmachvoll unterdrückt und ausgebeutet? Prügelten und schossen nicht gerade in diesen Tagen, wo Brüning seine Propagandareise im Osten machte, die Polizeibehörden des deutschen Imperialismus streikende Bergarbeiter an der Ruhr und in Oberschlesien nieder? Wie kann dieser Imperialismus, der Millionen deutscher Stammesbrüder im eigenen Lande unterdrückt, den Kampf um die Befreiung der deutschen Arbeiter und Bauern führen, die von dem tschechischen System bedrückt in Polen auf die gleiche grauame Weise unterdrückt und ausgebeutet werden. Er kann es nicht. Er ist unrettbar verstrickt in das System der imperialistischen Verträge und Abkommen. Er kann es jetzt weniger denn je, wo die Bestrebungen aller imperialistischen Mächte, der deutsche Imperialismus eingeschlossen, darauf abzielen, die letzten Vorbereitungen zu schaffen, um über die Sowjetunion herzuwachen, um dort die von der Arbeiterklasse und den Bauernmassen geschaffene Freiheit zu liquidieren, um durch einen blutigen Interventionskrieg ein 160-Millionen-Volk wieder in das Joch der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung zu zwängen.

Räuber können niemals für die Freiheit kämpfen. Unter Räubern ist das „Recht“ stets auf der Seite dessen, der über die besten Waffen und über die stärksten Bundesgenossen verfügt.

Die Demonstrationen der Arbeiter und Bauern, die Brüning mit ihren Ausrufen „Nieder mit der Hungerdiktatur!“ von Jüterburg bis Paderborn und Breslau begleiteten, waren keine Demonstrationen des tschechischen Chauvinismus. Es waren Demonstrationen eines Volkes, das hungrig und unterdrückt an den Ketten gerrt. Gegen diese Not hatte Brüning nicht als leere Redensarten, während er gleichzeitig mit seinen Ministern neue Maßnahmen zu noch stärkerer Unterdrückung und Ausbeutung beratschlagte.

Brüning flüchtete sich vor „seinem Volk“ hinter die Armbündel der Schutzpolizei. Das ist ein Symbol, das ihn sicher veranlaßt hat, darüber nachzudenken, daß die Zeit nicht mehr fern sein dürfte, wo dieser Kordon, der jetzt noch die herrschende Klasse schützt, dem Ansturm des arbeitenden Volkes nicht mehr standhalten wird, und wo im Niederbrennen dieses Kordons in Deutschland wie in Polen die werktätigen Massen Deutschlands und Polens den Arbeitern und Bauern der Sowjetunion die Hände zum brüderlichen Bund der Sowjetrepubliken reichen und damit der imperialistischen Anrechtssucht ein Ende machen werden!

Lohnraub auch bei den Gemeinden

Dresden, 13. Januar. Gegen die Stimmen der Arbeitnehmer wurde hier ein Schiedsgericht gefaßt, das ab 1. Februar einen sechsprozentigen Abbau der Löhne vorsieht. Die Regelung gilt bis 1. September 1931. Die Erklärungstriß beträgt eine Woche.

20 000 Weber ausgesperrt

London, 11. Januar. In Burnley sind jetzt 20 000 Weber ausgesperrt. Für Sonnabend ist eine allgemeine Aussperrung der Baumwollarbeiter angebroht, wenn der Konflikt bis dahin nicht beigelegt wird.

Generalsstreik der schwedischen Textilarbeiter

Stockholm, 12. Januar. Ab morgen ist der Kampf in der Textilindustrie allgemein; er umfaßt etwa 34 000 Arbeiter und Arbeiterinnen. Nur einige wenige Unternehmen, deren Besitzer dem Unternehmerband nicht angehören, sind von der Arbeitsniederlegung ausgenommen.

Die Unternehmer verlangten bei den Tarifverhandlungen eine zehnprozentige Lohnherabsetzung, die Arbeiter fordern eine beschleunigte Verbesserung der sehr niedrigen Löhne. Die sozialdemokratischen Betriebsführer, die den Kampf zehn Jahre lang mit dem Hinweis auf

Oppelner Arbeiter-Experantisten gegen SPD-Spalter

An alle Arbeiter-Experantisten Oberschlesiens und Schlesiens!

Die Verschärfung des Klassenkampfes, der hartnäckige Kampf der arbeitenden Klasse gegen ihren Feind, den Kapitalismus und seine Helfershelfer, den National- und Sozialfaschismus, riefen auch in der Arbeiter-Experantobewegung eine Verschärfung der Gegensätze unter den Anhängern der verschiedenen Richtungen hervor.

Dazu, und besonders zur Lage im Arbeiter-Experantobund für die deutschen Sprachgebiete, Distrikt Schlesien, nahm die Mitgliederversammlung der Arbeiter-Experantogruppe Oppeln Stellung und nahm nachstehende Entschlüsse einstimmig an:

„Die schwere Lage der Industrie“ verhängten, taten auch jetzt alles, um ihn zu vermeiden. Ihr letzter Versuch, den Sieg dadurch zu verhindern, daß sie nur für einen kleinen Teil der Betriebe die Arbeitsniederlegung anordneten, „um einen Druck auf die Unternehmer auszuüben“, scheiterte, sie wurden unter dem Druck der Massen gezwungen, den Streik auf die gesamte Industrie auszudehnen.

Große Erwerbslosen- und Gebungen in den Vereinigten Staaten

New York, 12. Januar. Unter Leitung der Arbeitslosenräte demonstrierten 41 000 Erwerbslose in vier Städten: in New York 18 000, darunter 5000 vor dem Rathaus von Manhattan, in Brooklyn 12 000 in der Stadthalle, wobei es zu Angriffen der Polizei kam, in Sacramento (Kalifornien) 10 000, von denen 5 000 zur Stadthalle marschierten, in Saint Paul 10 000, wobei sich eine Demonstration des Zugangs zur Einführung des Bürgermeisters erzog. In Milwaukee demonstrierten 2 000 Erwerbslose.

Ein wichtiges Urteil:

Der Staat haftet für Schupo-Mißhandlungen

Berlin, 12. Januar. Der Tischler Georg Krüger, Vater von sieben Kindern, hatte den preußischen Fiskus auf 11 000 Mark Schadenersatz, 3000 Mark Schmerzensgeld und eine monatliche Rente von 315 Mark verklagt, weil er im August 1929 von Polizeibeamten grundlos mißhandelt und durch die erlittenen Verletzungen arbeitsunfähig geworden war.

Krüger war auf dem Heimwege am Köpenicker Platz, wo es zwischen der Schupo und Arbeitslosen zu Zusammenstößen gekommen war, von Schupos schwer mit dem Gummiknüppel mißhandelt worden, obwohl er in einem Kinderwagen zwei kleinen Kindern vor sich hertrieb. Er wurde zu Boden geschlagen, der Wagen stürzte um und ein Kind wurde auch noch verletzt. Krüger erlitt einen Bruch der rechten Hand und eine Gehirnerschütterung.

Am 7. Januar wurde der Prozeß, der seit über einem Jahre vor der 10. Zivilkammer des Landgerichts I schwebte, mit der Anerkennung des Klageanspruchs als zu zwei Drittel gerechtfertigt entschieden.

Dies Urteil ist von prinzipieller Wichtigkeit, weil hier durch das Gericht festgestellt ist, daß der Staat für die Brutalität seiner Schupos haften muß.

Praktisch werden die Gerichte bei allen derartigen Klagen von mißhandelten Proleten natürlich versuchen, diese selbst als die Schuldigen und „Angreifer“ und „Geistesüberbeter“ hinzustellen, und das Verhalten der Schupos als „pflichtgemäß“. Das wird aber keinen revolutionären Arbeiter hindern, auch diese gesetzliche Möglichkeit des Kampfes gegen den heutigen Staat und der Ausnutzung der Tribunale des Gerichts zur Anprangerung des Polizeiterrors anzuwenden.

„Die am 10. Januar 1931 stattgefundenen Versammlung der UEB, Ortsgruppe Oppeln, lehnt die Forderungen W. Janollas auf Ablehnung des Bundesvorstandes Gen. Bilbebrand, Aenderung der Schreibweise des Organs, einstimmig ab, und verurteilt diese auf die Spaltung hinführenden Forderungen aufs schärfste. Wie werden mit der feigen Leitung für die Einheit der Arbeiter-Experantobewegung für ein freies sozialistisches Deutschland kämpfen und diesen Spalter die verdiente Antwort geben.“

Eingegangene Literatur:

„Freund der Sowjets“

Organ des Bundes der Freunde der Sowjetunion

Die Januar-Nummer dieser Zeitschrift, die dem Todestag Lenins gewidmet ist, ist soeben erschienen. Aus dem Inhalt heben wir folgende Artikel hervor:

Lenins Vermächtnis — Ferner ein in Deutschland unbekanntes Feuilleton aus einer Wandzeitung der Baltischen Werke in Leninograd mit Erinnerungen an Lenin — Zum Moskauer Schälungsprozeß nimmt noch einmal ein zusammenfassender Artikel von Alfred Kurella Stellung — Nemo behandelt in seinem Artikel „Deutschland und der Prozeß gegen die Industriepartei“ die Stellung des neuen deutschen Imperialismus innerhalb der Vorbereitungen zur Intervention gegen die Sowjetunion.

Theo Weutling nimmt in seinem Artikel „Die Erfolge und Schwächen unserer Arbeit“ zur bevorstehenden Reichskonferenz des Bundes der Freunde der Sowjetunion Deutschlands Stellung und zeigt, welche großen Aufgaben der Bewegung jetzt angesichts der verschärften Interventionsgefahr einerseits und der endgültigen Schaffung einer sozialen Basis in der UdSSR. während des dritten Jahres des Fünfjahresplanes gestellt sind.

Die Zeitung erscheint jetzt zu dem billigen Preis von 10 Pfennig und ist, da sie reich illustriert ist, eine wertvolle Waffe jedes Arbeiters, um die Verteidigung der Sowjetunion zu organisieren.

In der Rubrik „Aus der Bewegung“ und „Uns Notwendig der Freunde der Sowjetunion“ bringt die Zeitschrift wichtiges Material für die Agitation unter den breiten Massen der Arbeiter und Bauern. Sehr nützlich ist die Rubrik „Man fragt uns, wie antworten.“ Durch die Beantwortung eingehender Fragen liefert die Zeitschrift jedem Sowjetfreund wichtiges Referentenmaterial für seine Arbeit in Betrieben und Gewerkschaften.

Arbeiter-Kino, Margaretenstraße 17
Donnerstag und Freitag, 5 und 8 Uhr:

Der Kampf um die Erde Die Generalinle v. S. M. Eisenstein

Auf der Bühne: **CLIFFORD**

Charlie Chaplin:

„The Pilgrim“ und „Feine Leute“

Jugend verboten!

Erwerbslose bis 5.30 Uhr, nur 25 Pf., Besucherkreis-Mitglieder 50 Pf., alle anderen Besucher 70 Pf.

Mitglieder der Partei, Gewerkschaft und Volksbühne erhalten jederzeit ohne ständiger Verpflichtung eine Besucherkreiskarte ausgestellt



Edeka Roggenbrot

gibt Kraft und Gesundheit!

Verlangen Sie darauf die wertvolle

8% - Rabattmarke.

Wovon ganz Schlesien spricht

Wen Tausende täglich umjubeln —
Wen glänz. Kritiken d. Presse einst loben —
Wer vor ausverkauften Häusern spielt —

Das ist **GLEICH!**

Circuskönig
Circus-Busch-Gebäude
Das nie gesehene Riesenprogramm!

Unerreichte Meisterschaft!
O. Sailer-Jackson mit seinem
abensinnigen Löwen
Der beste Dompfer der Welt!

Die 5 Albertys,
die beste Luftnummer
der Welt!

Die circensischen Wunder d. Jetztzeit!!

Täglich 2 Vorstellungen um 4 u. 8 Uhr
Wochen 10 mit erwachsene ha be Preise
Kinder immer halbe Preise

Vorverkauf: ab 9 Uhr an ununterbrochen an
den Circusbussen, Telefon 2013, Waren-
haus Barasch, Telefon 54641, Waren-
Verein, Telefon 2111

Sichern Sie sich Ihre Karten im Vorverkauf
Nur noch kurze Zeit!

Blandleihhaus Grundmann
Breslau, Trebnitzer Str. 21
Verleihung v. Anzügen, Wäsche
und Schmuckstücken

Brennholz billiger! Beste,
trockene Ware

1 Ztr. kleingespalten, frei Keller 3.00 RM.

1 Ztr. grobgesp., (Kessel- oder
Hartholz) frei Keller 2.50 RM.

1 Gebund ca. 38 bis 40 cm Durch-
messer, frei Keller 0.65 RM.

Bei Abholung in der Anstalt ermäß. Preise
Lieferung erfolgt von 1. Ztr. an
Händler haben ermäßigte Preise

Städtische Holzspalteanstalt, Breslau X
Niedergasse 10 Fernruf: 44616

Kaufhaus
W. Ansoerg
Schmiedeberg
Wäsche, Trikotagen
Gardinen, Linoleum

Euer Schuhgeschäft
Fritz König
Schmiedeberg Rf.

Conrad Rademacher
Schmiedeberg I. Rsgb.
Manufaktur-,
Weiß-, Woll- und Kurzwaren

Leser! Berücksichtigt beim Einkauf von
Waren nur unsere Inserenten!